

Originalstellungnahmen | Hammerbrook15 (Hammerbrook 15 - Bürostandort Spaldingstraße / Albertstraße) | Bauleitplanung Online

Eingangsnummer: Nr.: 1028	Details
eingereicht am: 28.07.2023	Verfahren: k.A. Verfahrensschritt: Beteiligung TöB Institution: BUKEA-Energie und Klima Abteilung: E 1 Eingereicht von (Vor- u. Zuname): Im öffentlichen Bere- ich anzeigen: Nein Planunterlage: Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Referat Kommunale Wärmeplanung der BUKEA nimmt zur Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB im Bebauungsplanverfahren Hammerbrook 15 (Bürostandort Spaldingstraße / Albertstraße), wie folgt, Stellung:

Die Ausnahme von Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie von den Beschränkungen für die Überschreitung der festgesetzten Gebäudehöhe des § 2 Nr. 6 des B-Plan-VO-Entwurfs wird begrüßt. Es wird auf die bestehende Pflicht zum Vorhalten einer Anlage zur Stromerzeugung durch Nutzung solarer Strahlungsenergie gem. § 16 HmbKliSchG 2020 i.V.m. der Hamburgische Klimaschutz-Umsetzungspflichtverordnung (HmbKliSchUmsVO) hingewiesen. Für die aktuell in der Abstimmung befindliche und daher noch nicht rechtskräftige Novellierung des HmbKliSchG ist aktuell eine Mindestbelegungsfläche für Photovoltaik von 30 % der Bruttodachfläche bei Neubauten ab 2024 vorgesehen.

Es wird des Weiteren begrüßt, dass sich in Verbindung mit der Festsetzung nach § 2 Nr. 12 des B-Plan-Verordnung-Entwurfs eine aus energiefachlicher Sicht sinnvolle Kombination aus Solaranlagen und Dachbegrünung ergeben kann (Effizienzgewinne). In Bezug auf § 2 Nr. 12 Satz 4 des B-Plan-VO-Entwurfs wird überdies empfohlen anstatt des verwendeten Begriffs Sonnenkollektoren den Fachbegriff Solarthermieranlagen zu verwenden.

Im Begründungsentwurf im Abschnitt 5.10.1 Energieversorgung (S. 65-66) sollte der Nachvollziehbarkeit halber ebenfalls ein Hinweis auf die angestrebte Fernwärmeversorgung aufgenommen werden (siehe Abschnitt 5.10.2 Klimaschutz, S. 66). Es wird darüber hinaus um einen Hinweis auf den angestrebten Gebäudeenergieeffizienzstandard (Wärmebedarf) gebeten. Im abzuschließenden städtebaulichen Vertrag sollte der Anschluss an das vorhandene Fernwärmenetz und mögliche über die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes hinausgehende Energieeffizienzstandards mit dem Vorhabenträger abgesichert werden.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft

Amt Energie und Klima

Abteilung Energierecht und städtische Energiepolitik

Referat Kommunale Wärmeplanung

Neuenfelder Straße 19 – 21109 Hamburg

Telefon: +49 40 428 40-[REDACTED]

Email [REDACTED]@BUKEA.Hamburg.de